

Der Kehrbesen



Die Zeitung des SPD-Ortsvereins für die Gemeinde Geltendorf

31. Jahrgang * Januar 2026 * Nr. 43

Informativ und unterhaltsam * Parteilich und unabhängig * Subjektiv und kritisch



v.l.n.r.: Werner Tochtermann (Stellvertretender Vorsitzender), Angelika Schmidt (Schatzmeisterin),
Torsten Petrick (Vorsitzender)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Bald ist es wieder so weit: In unserer Gemeinde stehen Kommunalwahlen an. Häufig werden sie als Wahl „zweiter Klasse“ wahrgenommen, im Schatten der Entscheidungen über Bundestag und Landtag. Doch dieser Eindruck trügt. Noch immer wird die Bedeutung der Kommunalwahlen unterschätzt – nicht selten werden sie mit Themen überfrachtet, die auf lokaler Ebene kaum zu beeinflussen sind. Ein neuer Radweg oder die Sanierung öffentlicher Gebäude wirken im Vergleich zu milliardenschweren Bundesprogrammen zwar unspektakulär, betreffen unseren Alltag jedoch ganz unmittelbar.

Auch ich kenne dieses Denken – es ist oft eine Frage der persönlichen Perspektive. Dennoch bleibt eine zentrale Tatsache: Keine andere politische Ebene wirkt so direkt auf unser Leben wie die Kommunalpolitik. Hier kennen Sie viele Ihrer Vertreter persönlich, begegnen ihnen beim Bäcker oder im Supermarkt und können Anliegen, Sorgen und Ideen ohne große Hürden ansprechen. Ob der Bau einer neuen Schule, die Gestaltung von Spielplätzen

oder steigende Wassergebühren – all das wird vor Ort entschieden. Zugleich haben Bürgerinnen und Bürger gerade auf dieser Ebene vergleichsweise große Einflussmöglichkeiten: etwa über Bürgerbegehren wie das kürzlich verhinderte Landratsamt-Neubauprojekt, über Parteiarbeit in Ortsvereinen oder durch ein eigenes Mandat im Gemeinderat oder als Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass möglichst viele Menschen ihre demokratischen Rechte auch wahrnehmen. In Deutschland wird gerne und viel kritisiert – über „die da oben“, über „die Politik“. Dabei gilt aus meiner Sicht: Wer sich gar nicht einbringt, macht es sich mit dem Jammern zu einfach. Zugleich leiden viele Vereine und politische Gremien seit Jahren unter chronischem Nachwuchs- und Mitgliedermangel. Das hat einerseits mit fehlendem Interesse zu tun, andererseits mit einer Gesellschaft, in der berufliche und private Flexibilität stark zugenommen haben. Häufige Umzüge und Jobwechsel erschweren es, wirklich Wurzeln zu schlagen und sich mit einer Gemeinde zu identifizieren. Wer gar nicht weiß, ob er in zwei Jahren noch am selben Ort lebt, tut sich schwer, Verantwortung vor Ort zu übernehmen.

Auch die Gemeinden und Vereine selbst sind hier gefordert. Sie müssen Satzungen, Strukturen und Arbeitsweisen an die Lebensrealität der Menschen anpassen und mehr Flexibilität ermöglichen. Gleichzeitig hilft es allen Engagierten, wenn Aufgaben auf mehrere Schultern verteilt werden. Wer neu dazu kommt, sollte nicht sofort mit einem Berg an Pflichten überfordert werden – sonst ist die Enttäuschung vorprogrammiert und das Engagement endet, bevor es richtig begonnen hat.

Wenn Sie also bei der anstehenden Kommunalwahl Ihre Stimme abgeben, nutzen Sie diesen Moment

gerne auch für einen Blick nach vorne: Gibt es Themen, die Ihrer Meinung nach in unserer Gemeinde zu kurz kommen? Anliegen, die endlich auf die Tagesordnung gehören? Vielleicht ist dies der erste Schritt zu einem eigenen Engagement in der Kommunalpolitik. Der Einstieg ist hier erfreulich niedrigschwellig: Man muss weder Jura noch Politikwissenschaft studiert haben, um sich einzubringen. Im Gegenteil: Gerade die Vielfalt an Lebensläufen und Erfahrungen ist eine große Stärke der Kommunalpolitik.

Während in der Bundespolitik in Berlin oft ein Mangel an unterschiedlichen Biografien beklagt wird, kann und sollte die Kommunalpolitik ein Gegenmodell bieten: ein Ort, an dem Menschen über Parteidgrenzen hinweg Verantwortung übernehmen, pragmatische Lösungen suchen und Entscheidungen treffen, die für alle nachvollziehbar sind.

Nutzen Sie daher Ihre Stimme – und überlegen Sie, ob Sie nicht mehr tun möchten, als nur ein Kreuz zu setzen. Unsere Gemeinde lebt von der Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger

Ihr Torsten Petrick - SPD Ortsvorsitzender

SPD Ortsvorsitzender.



Torsten Petrick - SPD Geltendorf Ortsvorsitzender

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Vorwort	1
Wir investieren, wo es wirklich drauf ankommt - Für starke Kommunen - Für uns alle	3
Frauen schützen – Verantwortung übernehmen: Warum der Landkreis ein eigenes Frauenhaus braucht	5
Wasser wird zum Kostenrisiko	6
Wir brauchen ein neues Verkehrskonzept	8
Plädoyer für die Kommunalwahl	10
Strassenerhalt mal ganz anders	11
Umweltschutz - nein danke!	12
Ärztemangel auf dem Land - Wie eine Gemeinde an ihre Grenzen gerät	14
Kinderbetreuung in Bayern und Geltendorf	16

www.spd-geltendorf.de

IMPRESSUM

Herausgeber/Redaktion/Produktion:
SPD-Ortsverein Geltendorf
Türkenfelder Str. 8f, 82269 Geltendorf
Layout: Dr. Marc-Oliver Rauch, Walleshausen

Auflage: 2.000 Stück, einmal jährlich
Im Internet: www.spd-geltendorf.de

Bei den Inserenten in diesem Kehrbesen möchten wir uns herzlich bedanken und wünschen ihnen viele Rückmeldungen.

Der Kehrbesen möchte den einheimischen Gewerbetreibenden eine günstige Plattform zur Werbung geben. Der Ortsverein der SPD will damit das Gewerbe in Geltendorf und Umgebung unabhängig von Parteidzugehörigkeit unterstützen. Wenn Sie auch ein kleines oder großes Gewerbe betreiben und günstig in allen Haushalten der Gemeinde Geltendorf werben möchten, wenden Sie sich bitte an:

redaktion.kehrbesen@spd-geltendorf.de
vorstand-ov@spd-geltendorf.de
Torsten Petrick

Wir investieren, wo es wirklich drauf ankommt. Für starke Kommunen. Für uns alle.

Unsere Städte und Gemeinden sind das Herz unseres Landes. Hier gehen unsere Kinder zur Schule, hier sind wir in Vereinen aktiv und profitieren von einem solidarischen Miteinander in allen sozialen Bereichen. Doch all das gelingt nur, wenn Kommunen zuverlässig planen und finanzieren können. Deshalb kämpfen wir als Sozialdemokrat*innen im Bundestag für konkrete Maßnahmen, die direkt vor Ort wirken.

Mit dem Zukunftspakt für starke Kommunen schaffen wir endlich langfristige Planungssicherheit. Grundlage dafür ist das Sondervermögen Infrastruktur, mit dem insgesamt über 100 Milliarden Euro in Länder und Kommunen fließen. Dadurch können alle Ebenen an einem Strang ziehen, damit Investitionen in Bildung, soziale Infrastruktur, Klimaschutz und Wohnen nicht an Bürokratie scheitern, sondern Realität werden. Ver-

lässliche Kitas und Schulen, Bibliotheken, Sport- und Kulturangebote prägen unsere Lebensqualität ebenso wie eine einsatzbereite Feuerwehr und ein schneller Rettungsdienst.

Genau hier setzt auch das herausragende ehrenamtliche Engagement von so vielen Bürger*innen an. Doch viel zu oft müssen sich Vereine oder soziale Träger mit ausufernden Auflagen herumschlagen, was sowohl Nerven als auch Kräfte kostet. Darum stärken wir das Ehrenamt durch höhere Pauschalen, weniger Papierkram und mehr Anerkennung für alle, die unser gesellschaftliches Miteinander tragen.

Und für den Sport setzen wir sogar noch eine Milliarde obendrauf, damit die Sanierung von Sportstätten endlich funktioniert. Damit Kinder, Vereine und Seniorinnen dauerhaft gute Bedingungen für ihren Sport vorfinden.

Zu einer lebenswerten Kommune gehört selbstverständlich auch preiswerter Wohnraum, der vor allem hier in Oberbayern immer knapper wird. Als erste Maßnahme haben wir als Bundesregierung gleich die



BRUNNEN  **APOTHEKE**

...gemeinsam für Ihre Gesundheit

Bahnhofstraße 73

Tel.: 08193-1533

82269 Geltendorf

info@apotheke-geltendorf.de

www.apotheke-geltendorf.de

Unser Angebot für Sie:

- **Großes Kosmetik- und Freiwahlsortiment**
- **Besorgung internationaler und homöopathischer Arzneimittel**
- **Kundenkarte mit vielen Vorteilen**
- **Täglicher, kostenloser Lieferservice zu Ihnen nach Hause (im Umkreis von 10 km um unsere Apotheke)**

Verlängerung der Mietpreisbremse beschlossen, für die ich mich gemeinsam mit unserer SPD-Justizministerin Stefanie Hubig stark gemacht habe.

Aus einem weiteren sozialdemokratischen Ministerium ist dann der Bau-Turbo gefolgt. Dieser sorgt dafür, dass neuer Wohnraum schneller entsteht – unbürokratisch und bezahlbar. Denn jede Familie, jeder Mensch verdient ein Dach über dem Kopf, das bezahlbar bleibt. Gleichzeitig schaffen wir mit strenger Regeln für Kurzzeitvermietungen mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt, denn niemand darf durch Spekulationen aus seinem Zuhause gedrängt werden.

Zudem investieren wir mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität 100 Milliarden Euro direkt in Städte und Gemeinden – für sanierte Schulen, moderne Krankenhäuser, sichere Straßen und eine zukunftsfähige Energieversorgung. Dazu gehört auch der beschleunigte Ausbau von Mobilfunk- und Glasfaser-Netzen. Denn die voranschreitende Digitalisierung von Schulen und Behörden erfordert flächendeckenden Zugang zu schnellen Verbindungen, die kein Luxus sein dürfen, sondern endlich Normalität werden müssen.

Bei der Bildungsarbeit, die ab dem Schulalter ja hauptsächlich Ländersache ist, haben wir bereits 2021 das Recht auf Ganztagsbetreuung eingeführt, welches ab

dem kommenden Schuljahr für alle Grundschulkinder der 1. Klasse greift. Damit werden Familien dabei unterstützt, die oft aufkommende Betreuungslücke nach der KiTa-Zeit zu schließen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu wahren. Bis 2029 wird jedes Kind im Grundschulalter von einer ganztägigen Betreuung profitieren können. Damit dieser Schritt auch gelingt, unterstützen wir die Länder über diesen Zeitraum hinweg mit fast einer Milliarde Euro pro Jahr.

Verantwortlich für diese Initiativen des Bundes ist maßgeblich unsere Starke Basis vor Ort. Nur durch den stetigen Austausch mit den Ortsvereinen und Mandatsträger*innen in den Kommunen können wir wirklich da ansetzen, wo es wichtig ist. Und für uns als SPD ist klar: Nur wenn es unseren Städten und Gemeinden gut geht, geht es auch unserem Land gut. Dafür kämpfe ich als Ihre Abgeordnete und wir als SPD hier bei Ihnen vor Ort!

*Ihre Carmen Wegge MdB
SPD Bundestagsabgeordnete*



Bundespolitik nah am Menschen. Carmen Wegge im Austausch mit den Bürger*innen in ihrem Wahlkreis.
© Bild: Carmen Wegge

Frauen schützen – Verantwortung übernehmen: Warum der Landkreis ein eigenes Frauenhaus braucht

Wenn wir heute über Gleichstellung sprechen, dann knüpfen wir an ein langes Kapitel sozialdemokratischer Geschichte an. Es war die SPD, die vor mehr als hundert Jahren – mit der unermüdlichen Arbeit von Persönlichkeiten wie Marie Juchacz, der Gründerin der Arbeiterwohlfahrt und ersten Frau, die 1919 im Reichstag sprach – maßgeblich dafür kämpfte, dass Frauen endlich wählen und gewählt werden durften. Das Frauenwahlrecht legte den Grundstein für eine gleichberechtigte Demokratie. Doch Gleichberechtigung ist nie „fertig“ – sie muss politisch und gesellschaftlich immer wieder neu erkämpft und verteidigt werden.

Heute stehen wir im Landkreis Landsberg erneut an einem entscheidenden Punkt: beim Schutz von Frauen vor Gewalt. Gewalt gegen Frauen findet viel zu oft im Verborgenen statt. Bundesweit wird nahezu täglich eine Frau durch ihren aktuellen oder ehemaligen Partner getötet. Auch unser Landkreis blieb im Jahr 2024 nicht verschont. Für uns als SPD-Kreistagsfraktion ist klar: Das ist kein privates Problem – es ist ein gesellschaftlicher Auftrag.

Die Istanbul-Konvention, das europäische Abkommen zum Schutz von Frauen vor Gewalt, verpflichtet alle staatlichen Ebenen – auch die Landkreise – aktiv zu handeln. Dazu gehören Prävention, Schutzräume und professionelle Unterstützung. Genau daran fehlt es bei uns noch: Der Landkreis verfügt über keinen einzigen finanzierten Frauenhausplatz auf eigenem Gebiet, Unterstützungsmöglichkeiten sind wenig sichtbar, und Präventionsangebote sind unzureichend.

Wie notwendig Veränderungen sind, hat die eindrucksvolle Auftaktveranstaltung des „Initiativkreises Frauenhaus Landsberg“ am 3. Juli 2025 gezeigt. Die Sozialwissenschaftlerin Manuela Schon, Fachreferentin für die lokale Umsetzung der Istanbul-Konvention bei der Landeshauptstadt Wiesbaden, machte dort unmissverständlich deutlich: Gewalt gegen Frauen verursacht nicht nur persönliches Leid, sondern auch enorme gesellschaftliche Kosten. Für unseren Landkreis entstehen jährlich Millionenbeträge an direkten und indirekten Schäden. Gleichzeitig konnte Schon darstellen, wie sehr sich Investitionen in Prävention lohnen – menschlich wie finanziell.

Als SPD setzen wir uns deshalb klar und mit Nachdruck für ein eigenes Frauenhaus im Landkreis ein. Mein besonderer Dank gilt Margit Däubler, Vorsitzende der Initiative, SPD-Stadträtin in Landsberg und Kandidatin

auf Listenplatz 4 für die Kreistagswahl. Mit großem Engagement, hoher Fachlichkeit und beeindruckender Ausdauer treibt sie die Gründung eines Frauenhauses voran.

Ebenso wichtig ist der Einsatz meiner Kollegin Hanni Baur, aktive Kreisrätin und unsere Kandidatin auf Listenplatz 2. Ihr verdanken wir einen entscheidenden Meilenstein: die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle im Landkreis Landsberg. Mit der Einstellung von Frau Stegmaier als Gleichstellungsbeauftragte wurde eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, die Gleichstellung und Prävention sichtbarer, professioneller und wirksamer macht.

Als stellvertretender Landrat, Kreisrat und Spitzenkandidat der SPD sage ich klar und persönlich: Ich werde nicht nachlassen, bis Frauen und Kinder im Landkreis Landsberg den Schutz bekommen, der ihnen zusteht. Ein wohnortnahes Frauenhaus ist kein „nice to have“ – es ist ein notwendiges Schutzinstrument und eine Verpflichtung unseres Rechtsstaates.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen diese Verantwortung ernst. Wir werden weiter Druck machen, Bündnisse schmieden und konkrete Schritte einfordern, damit dieses wichtige Projekt endlich Realität wird.

Die Einführung des Frauenwahlrechts war ein historischer Meilenstein – errungen durch Mut, Beharrlichkeit und politische Entschlossenheit. Die Gründung eines Frauenhauses im Landkreis kann der nächste Meilenstein sein. Und auch dieser Schritt wird wieder maßgeblich von der SPD vorangetrieben.

Gemeinsam mit einer engagierten Zivilgesellschaft und klaren politischen Entscheidungen können wir erreichen, dass der Landkreis Landsberg für Frauen und Kinder ein sicherer, unterstützender und hoffnungsvoller Ort wird.

*Ihr Markus Wasserle
Kreisrat · Stellvertretender Landrat
Spitzenkandidat der SPD für die Kreistagswahl 2026*



Wasser wird zum Kostenrisiko

Geltendorf ringt mit drastisch steigenden Gebühren für Wasser und Abwasser

In der Gemeinde Geltendorf müssen Bürgerinnen und Bürger seit fast zwei Jahren deutlich mehr für Wasser und Abwasser bezahlen. Vor allem die Abwassergebühren sind in kurzer Zeit sprunghaft gestiegen, gleichzeitig wurden Grundgebühren kräftig angehoben. Für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, Alleinstehende und viele ältere Menschen stellt sich zunehmend die Frage, ob die Wasserversorgung noch bezahlbar bleibt.

In der über 6000 Einwohner-Gemeinde im Landkreis Landsberg am Lech leben viele Bewohner in Einfamilien- oder Doppelhäusern mit relativ großen Grundstücken – eine Siedlungsstruktur, die die Netze für Wasser und Abwasser vergleichsweise teuer macht.

Gebühren fast verdoppelt

Besonders deutlich fallen die Steigerungen bei den Abwassergebühren aus. Laut Gemeinde Geltendorf kostet die Beseitigung von Schmutzwasser seit 1. Januar 2024 4,96 Euro je Kubikmeter, bei Einleitung von Niederschlagswasser über versiegelte Flächen sogar 5,51 Euro. Noch Anfang 2022 lagen die entsprechenden Sätze bei 2,60 beziehungsweise 2,89 Euro. Damit haben sich die Abwassergebühren in nur zwei Jahren nahezu verdoppelt.

Hinzu kommt eine neue Grundgebühr für das Abwasser: Für einen Standardwasserzähler werden seit 2024 zusätzlich 72 Euro pro Jahr fällig. Gleichzeitig wird die Grundgebühr für die Trinkwasserversorgung für Standardzähler von bislang 12 auf 48 Euro jährlich erhöht. Allein an fixen Gebühren zahlen Geltendorfer Haushalte damit künftig 120 Euro im Jahr – unabhängig davon, wie sparsam sie mit Wasser umgehen.

Auch der Trinkwasserpreis selbst ist deutlich gestiegen: Er liegt jetzt bei 3,09 Euro pro Kubikmeter, nachdem er seit 2016 bei 1,98 Euro verharrt hatte. Zum Vergleich: Im bayerischen Durchschnitt mussten Haushalte 2022 für einen Kubikmeter Trinkwasser 1,78 Euro und für Abwasser 2,09 Euro zahlen. Geltendorf bewegt sich damit inzwischen klar im oberen Bereich der Gebührenlandschaft.

In den Gebühren sind bereits notwendige Investitionen für die kommenden 5 Jahre eingerechnet, die so

auch umgesetzt werden müssen.

Was das für Haushalte bedeutet

Die abstrakten Euro - Beträge werden greifbar, wenn man typische Verbräuche betrachtet. Das Bayerische Landesamt für Statistik kalkuliert für Modellhaushalte mit rund 47 Kubikmetern Wasserverbrauch pro Person und Jahr.

Für einen allein lebenden Menschen ohne angeschlossenen Regenwasserkanal ergab sich 2022 in Geltendorf überschlägig folgende Rechnung:

- Trinkwasser und Abwasser zusammen rund 4,58 Euro je Kubikmeter plus 12 Euro Grundgebühr – in Summe etwa 230 Euro im Jahr.

Seit 2024 schlägt derselbe Verbrauch mit etwa 8,05 Euro je Kubikmeter zu Buche, hinzu kommen 120 Euro Grundgebühren. Damit steigen die jährlichen Kosten auf knapp 500 Euro – mehr als eine Verdoppelung. Bei einem Zweipersonenhaushalt mit rund 94 Kubikmetern Verbrauch klettern die Gebühren von gut 440 auf fast 880 Euro im Jahr.

Für eine Witwenrente von vielleicht 1300 Euro netto im Monat bedeuten zusätzlich 250 bis 400 Euro pro Jahr für Wasser und Abwasser eine spürbare Lücke im ohnehin knappen Budget. Dabei ist die Witwenrente hoch gegriffen und meist deutlich geringer. Besonders betroffen sind ältere Menschen, die allein im früheren Familienhaus in Ortsteilen wie Walleshausen, Hausen oder Wabern leben: Die Grundgebühren fallen pro Grundstück an – unabhängig davon, ob dort eine Person oder eine fünfköpfige Familie wohnt.

Warum die Gebühren steigen

Rein rechtlich handelt es sich bei Wasser und Abwasser um Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Wasserversorgung muss kostendeckend arbeiten; Gewinne sind ebenso wenig vorgesehen wie dauerhafte Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt. Steigende Energiepreise, höhere Lohnkosten und strengere Umweltauflagen schlagen daher direkt auf die Gebühren durch.

Im Zweckverband zur Abwasserbeseitigung Geltendorf–Eresing kommt ein erheblicher Sanierungsstau hinzu. Das Kanalnetz ist rund 56 Kilometer lang, Teile

davon sind über 35 Jahre alt. Schon frühere Kamerabefahrungen hatten erhebliche Schäden gezeigt, die lange nicht konsequent behoben wurden. Nun müssen Sanierungen in mehreren Bauabschnitten nachgeholt werden. Parallel dazu wird die Verbandskläranlage für knapp zehn Millionen Euro erweitert – auch diese Investition wird weitgehend über die Abwassergebühren finanziert.

Auf der Trinkwasserseite investiert Geltendorf in den kommenden Jahren knapp drei Millionen Euro in die Versorgung: Ein neuer Brunnen bei Walleshausen und eine zusätzliche Aufbereitungsanlage sollen die Versorgung redundant und damit ausfallsicherer machen. Fachlich gelten solche Maßnahmen als sinnvoll und notwendig – finanziell aber werden sie sich bei der nächsten Gebührenkalkulation bemerkbar machen.

Wenn Wasser zur sozialen Frage wird

Schon heute wenden Haushalte mit geringen Einkommen einen überproportionalen Anteil ihres Budgets für Wohn und Nebenkosten auf. Steigen Wasser- und Abwassergebühren deutlich stärker als Renten oder Löhne im unteren Einkommensbereich, wird die Wasserversorgung zur sozialen Frage. Besonders gefährdet sind:

- alleinlebende Rentnerinnen und Rentner in älteren Häusern,
- Alleinerziehende mit knappem Einkommen,
- Familien mit vielen Kindern, deren Verbrauch naturgemäß höher ist.

Während Besserverdienende eher in wassersparende Technik oder eine Regenwassernutzungsanlage investieren können, fehlen dafür vielen kleineren Haushalten die Mittel. Gleichzeitig können sie den Verbrauch nur begrenzt senken – Hygiene, Kochen und Wäsche lassen sich nicht beliebig einschränken. Die Gefahr besteht, dass Betroffene an anderen Stellen sparen müssen: bei Heizung, gesunder Ernährung oder gesellschaftlicher Teilhabe.

Blick nach vorn: drohende Schieflage

Sollte sich die derzeitige Kostenentwicklung ungebremst fortsetzen, drohen in Geltendorf mehrere Probleme:

- Zunehmende Zahlungsrückstände: Mahn- und Vollstreckungsverfahren kosten Verwaltung und

Bürger Nerven und Geld.

- Abwanderungseffekte: Wer es sich leisten kann, könnte in Gemeinden mit niedrigeren Gebühren ausweichen – zulasten derjenigen, die bleiben müssen und dann eine noch kleinere Umlagebasis bilden.
- Belastung des sozialen Netzes: Beratungsstellen und Sozialträger müssen häufiger bei Nebenkosten- und Wasserschulden unterstützen.
- Investitionshemmisse: Hohe Herstellungsbeiträge für Wasser- und Kanalanschlüsse – in Geltendorf teils über 2,70 Euro pro Quadratmeter Grundstücksfläche und mehr als 22 Euro je Quadratmeter Geschossfläche für den Kanal – schrecken Bauherren und kleine Betriebe ab.

Kommunen wie Geltendorf stehen damit vor einem Dilemma: Sie sind gesetzlich verpflichtet, ihre Wasser- und Abwasseranlagen technisch auf dem neuesten Stand zu halten und zugleich die Kosten vollständig über Gebühren zu decken. Ohne zusätzliche Unterstützung von Bund und Freistaat – etwa über Investitionszuschüsse oder gezielte Entlastungen für einkommensschwache Haushalte – droht das lebensnotwendige Gut Wasser für immer mehr Menschen zur finanziellen Belastungsprobe zu werden.

Ihr Dr. med. Marc-Oliver Rauch



*Dr. Marc - Oliver Rauch
Bürgermeisterkandidat - Gemeinderatskandidat*

Wir brauchen ein neues Verkehrskonzept

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Geltendorf,

Geltendorf wächst – und mit unserem Ort wächst auch der Verkehr. Täglich nutzen Pendlerinnen und Pendler, Familien, Schülerinnen und Schüler, Seniorinnen und Senioren sowie Gäste unsere Straßen. Gleichzeitig ist die Infrastruktur vielerorts nicht mitgewachsen: schmale Gehwege, fehlende Querungshilfen, kaum Radwege und zu hohe Geschwindigkeiten – gerade dort, wo besonders schutzbedürftige Menschen unterwegs sind. Der SPD-Ortsverein Geltendorf setzt sich deshalb für ein modernes, wirksames Verkehrskonzept ein, das die Sicherheit der Menschen klar über die Schnelligkeit des Autoverkehrs stellt. Dabei sollen Fuß- und Radverkehr sowie der öffentliche Nahverkehr spürbar gestärkt werden.

Warum wir jetzt handeln müssen

In Geltendorf leben inzwischen mehr als 6.000 Menschen, Tendenz leicht steigend. Über 1.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie mehr als 1.100 Seniorinnen und Senioren gehören zu den Gruppen, die im Straßenverkehr besonderen Schutz brauchen – durch niedrigere Geschwindigkeiten, übersichtliche Querungen und sichere Wege.

Hinzu kommt die besondere Rolle unseres Bahnhofs: Als Endhaltepunkt der S-Bahnlinie S4 und Kreuzungsbahnhof zweier Regionalstrecken ist Geltendorf ein wichtiger Pendlerknoten. Es gibt deutlich mehr Auspendelnde als Einpendelnde. Das führt zu starkem Berufsverkehr und hohem Parkdruck rund um den Bahnhof. Diese Belastung spüren vor allem die Anwohnenden entlang der Bahnhofsstraße.

Bahnhofsstraße und Schulstraße: Gefährliche Achse im Ortskern

Die Bahnhofsstraße (Kreisstraße LL 13) ist die zentrale Nord-Süd-Achse im Hauptort. Sie verbindet Wohngebiete mit dem Bahnhof, wird von der MVV-Buslinie genutzt und erschließt Wohnhäuser und Betriebe. Hier treffen Pendler-, Bus-, Anwohner- und Parksuchverkehr aufeinander – häufig bei erlaubten 50 km/h.

Besonders kritisch ist der Bereich an der Kreuzung Schulstraße/Bahnhofsstraße und weiter Richtung Bahnhof. Dort liegen Grundschule, zwei Kitas, Hort, Musikschule, Sportanlagen und Spielplätze – ein Bildungscampus für unsere Kinder. Hunderte Kinder und Jugendliche queren hier täglich die Fahrbahn; dazu kommen Eltern mit Kinderwagen sowie Seniorinnen und Senioren. Viele Familien berichten bereits von gefährlichen Situationen und Beinahe-Unfällen, wenn zu schnell gefahren oder unübersichtlich geparkt wird.

Durch Nachverdichtung und neue Baugebiete in „Geltendorf Süd“ nimmt der Kfz-Verkehr weiter zu, während die Bahnhofsstraße ihre Funktion als Erschließungs- und Durchgangsstraße behält. Auch in Ortsteilen wie Walleshausen wächst der Druck: Vorhaben wie eine Bauschutt-Recyclinganlage wecken Sorgen vor zusätzlichem Lkw-Verkehr, Lärm und Staub. Verkehrspolitik darf daher nicht beim Hauptort enden, sondern muss alle Ortsteile mitdenken.

Neue Rechtslage: Mehr Möglichkeiten für Tempo 30

Die Straßenverkehrsordnung wurde 2024 überarbeitet, die Verwaltungsvorschrift 2025 angepasst. Seitdem kann streckenbezogen Tempo 30 nicht nur direkt vor Schulen und Kitas, sondern auch entlang hochfrequenter Schulwege, an Spielplätzen und anderen sensiblen Einrichtungen deutlich leichter angeordnet werden – ausdrücklich auch auf klassifizierten Straßen wie Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Wo die Voraussetzungen vorliegen, soll Tempo 30 „in der Regel“ gelten.

Genau das trifft auf die Bahnhofsstraße in Geltendorf zu: Zuständig ist als Kreisstraße das Landratsamt Landsberg; zugleich führt die Strecke unmittelbar an einem großen Schul- und Kinderhausstandort vorbei. Die rechtliche Hürde für Tempo 30 und ergänzende Maßnahmen ist damit heute deutlich niedriger als noch vor einigen Jahren.

Unsere Forderungen für mehr Sicherheit

- **Tempo 30 auf der Bahnhofsstraße im Ortsbereich.** Insbesondere im Abschnitt vom Knotenpunkt Schulstraße/Bahnhofsstraße Richtung Bahnhof

muss Tempo 30 gelten. Hier verlaufen zentrale Schulwege, Buslinien sowie wichtige Fuß- und Radverbindungen. 30 km/h reduziert das Unfallrisiko und verbessert die Aufenthaltsqualität für die Anwohnenden.

- **Bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung.** Schilder allein reichen nicht. Notwendig sind unter anderem Querungsinseln und Zebrastreifen an zentralen Schulwegen, gut sichtbare Überwege an Bushaltestellen, sichere Radfahr- oder Schutzstreifen (wo die Breite es zulässt) sowie bauliche Eingangungen oder Fahrbahnteiler, die zum langsameren Fahren anregen.
- **Gesamtkonzept Verkehrssicherheit Geltendorf.** Statt Einzelentscheidungen braucht es ein abgestimmtes Konzept für Hauptort und Ortsteile: Analyse der Schul- und Kitawege, Identifikation gefährlicher Querungen (auch in den Ortsteilen), ein Rad- und Fußwegekonzept zum Schließen von Lücken sowie Verkehrsberuhigung in Wohngebieten mit Durchgangsverkehr. Ziel ist ein stimmiges Netz sicherer Wege.
- **Konsequente und frequentierte Verkehrsüberwachung und Parkraummanagement.** Regeln wirken nur, wenn sie kontrolliert werden. Angesichts der Gefährdungslage brauchen wir eine zielgerichtete Überwachung – ergänzt durch ein Parkkonzept rund um den Bahnhof, um wildes Parken in Wohnstraßen zu vermeiden.
- **Den Bus- und Radverkehr fördern und stärken.** Buslinien sollen Bahnhof, Schulcampus und Ortsteile zuverlässig verbinden. Gleichzeitig brauchen wir durchgängige, sichere Radrouten, damit Kinder und Jugendliche Wege zur Schule oder zum Sport gefahrlos mit dem Rad zurücklegen können.

„Früher ging es doch auch“ – warum das heute nicht mehr trägt

Geltendorf ist gewachsen, der Pendlerverkehr hat zugenommen, Fahrzeuge sind größer geworden. Auch Betreuung, Ganztag und damit Bring- und Holerverkehr haben die Wegebewegungen erhöht. Und: Was früher

nur mit hohem Aufwand möglich war, ist heute politisch und rechtlich gewollt – Tempo 30 an hochfrequentierten Schulwegen und in besonders sensiblen Bereichen.

Unser Ziel: ein lebenswertes, sicheres Geltendorf für alle

Unser Einsatz richtet sich nicht gegen Autofahrerinnen und Autofahrer – viele von uns fahren selbst täglich. Es geht darum, dass Kinder sicher zur Schule kommen, Seniorinnen und Senioren die Straße ohne Angst überqueren können und Anwohnende weniger unter Lärm und Gefahren leiden. Als SPD-Ortsverein Geltendorf setzen wir uns in Gemeinde, Landkreis und gegenüber den zuständigen Behörden dafür ein, dass die neuen Möglichkeiten konsequent genutzt werden.

Wir laden Sie herzlich ein, diese Forderungen zu unterstützen und Ihre Erfahrungen als Anwohnerin, Anwohner, Eltern oder Pendler mit uns zu teilen. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass Geltendorf vor allem eines ist: ein sicherer Lebensraum für Menschen jeden Alters.

Ihre Angelika Schmidt
Gemeinderatskandidatin



Angelika Schmidt - Gemeinderatskandidatin

Plädoyer für die Kommunalwahl

Eigentlich ist es nicht überraschend, daß es Populisten derzeit einfach haben die Gesellschaft zu polarisieren. Lebensmittel sind in den letzten Jahren deutlich teurer geworden. Mieten sind in München auf einem Niveau das sich viele nicht mehr leisten können, in der Folge führt das auf dem Land ebenfalls zu höheren Grundstückspreisen und Mieten. Zugfahren wird immer unerfreulicher. Die Wirtschaft schwächelt, die Autobauer haben den Kater von den Rekordjahren gerade hinter sich und erwarten vom Staat, daß der ihnen die Kosten für die versäumte Umstellung auf E-Mobilität abnimmt. Grundsatzentscheidungen wie die Rentenreform und echter Klimaschutz werden aufgeschenkt, vor allem wenn sie unpopulär sind. Alte Medien diskutieren das in unzähligen Talkshows, neue Medien liefern Falschinformationen oder Halbwahrheiten. Der Anschein des Handelns wird durch Aufstocken von Finanzen erweckt, mit denen Großprojekte umgesetzt werden. Es herrscht Aktionismus mit dem der Bund ungeklärte Fragen auf die Zukunft verschiebt, während Probleme vom Bund übers Land in die Kommunen weiter gereicht anstatt gelöst werden.

Fehler der Vergangenheit wie unterlassene Instandhaltung der Infrastruktur werden nicht aufgearbeitet, es wird ohne Plan nur durch Schulden an den Symptomen gedoktert, nicht die Ursache behoben. Die Polarisierung wächst, die Bereitschaft zur Toleranz sinkt. Wenn man erfährt, daß der Staat in den nächsten zehn Jahren zusätzlich bis zu einer Billion ausgibt, gehen die Nachrichten, daß die Gemeinde Geltendorf in den nächsten Jahren über 40 Millionen für wichtige Projekte ausgeben möchte und sich der Landkreis für Busse von Landsberg nach Geltendorf nächstes Jahr Ausgaben über 1,5 Millionen leistet, fast unter.

Trotzdem oder genau aufgrund der oben genannten Entwicklungen ist es wichtig, daß die breite Bevölkerung an den Prozessen teilnimmt. Die Kommunalwahlen sind die Basis: Mit den vielen Gemeinderäten werden die Menschen beteiligt. Jeder kann sich zur Wahl stellen um im Gemeinderat mitzumachen. Hier erlebt man Basisdemokratie und kann der Polarisierung und dem Populismus entgegen wirken. Man erfährt, daß

sich Land und Bund vielleicht doch mehr Mühe geben als erzählt wird oder daß es Zwänge gibt von denen die Medien kaum berichten. Gemeinderäte arbeiten ehrenamtlich mit anderen Ehrenamtlichen und kommunalen Angestellten daran, die Probleme zu lösen. Das ist doch eine gute Sache. Nehmen Sie daran teil. Die Gesellschaft wird davon profitieren.

Ihr Werner Tochtermann

stv. SPD - OV - Vorsitzender - Gemeinderatskandidat



Werner Tochtermann - Gemeinderatskandidat

Straßenerhalt mal ganz anders

Stellen Sie sich vor:

- Frostschäden werden bis Ostern behoben, und nicht erst im Spätherbst.
- Sie fahren das ganze Jahr auf Straßen ohne Schlaglöcher, welche Kfz und Fahrräder beschädigen oder Fußgänger gefährden, und nicht nur im Winter.
- Sie müssen als Grundstückseigentümer keine Umlagen für vorgeschobene Verbesserungsmaßnahmen wie neue Gehwege zahlen. Zumal seit 2018 die Straßenausbaubiträge in Bayern (diese Jahrzehnte lang eingebürgerten Vorgehensweise) abgeschafft wurden, welche die Kommunen zur teilweise Refinanzierung verwendet haben.

Wie geht das?

- Keine jährlichen Neuaußschreibungen für eine Liste mit zu reparierenden Straßen oder Straßenabschnitten (10-jährige Gewährleistungsfälle ausgenommen), deren Prioritäten jährlich geändert werden bis eine Straße fast unbefahrbar ist.
- Stattdessen mehrjährige Ausschreibungen für alle Straßen im Gemeindegebiet zum Erhalt, für zeitnahe Ausbesserungen. 3000,-€/km pro Jahr lassen sich hierfür im Gemeindehaushalt einstellen.
- Die Ausschreibung erfolgt bereits im Vorjahr, bevor die zu erwartenden Frostschäden entstehen.



Was bekommen Sie?

- 30 Jahre lang durchgehend befahrbare Straßen ohne dauerhaften Reparaturbedarf.
- Keine größer werdenden Geschwindigkeitsbegrenzungen wegen immer schlechter werdenden Straßen.
- Gemeindestraßen, welche zukunftsorientiert für das extrem defensive autonome Fahren zugelassen werden.
- Refinanzierung durch die Anpassung der gemeindeweit geltenden Hebesätze. Es geht ja auch um alle Straßen im gesamten Gemeindegebiet, und nicht nur um einzelne Straßenabschnitte.

Sie brauchen keine Angst vor einem Flickenteppich haben, denn die Straßen bleiben ganzjährig ohne Einschränkungen normal befahrbar.

Warum sollte etwas, was seit Jahrzehnten in Nordwestdeutschland erfolgreich praktiziert wird, in Südostdeutschland nicht auch funktionieren?

Ihr Ewald Bensch - Gemeinderatskandidat



Ewald Bensch - Gemeinderatskandidat

Umweltschutz - nein danke !

Es gibt ein Gesetz, dessen Namen Programm ist: Das Gesetz zu Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen, kurz das Kreislaufwirtschaftsgesetz(KrWG). Müllvermeidung, Reparieren statt Wegwerfen, Wiederverwendung durch Recycling stehen auch für Werte, die von fast allen geteilt werden.

Der Bausektor gehört zu den resourcenintensivsten Wirtschaftssektoren. Entsprechend hoch sind auch die anfallenden mineralischen Bauabfälle. Für das Jahr 2022 werden die mineralischen Bauabfälle auf insgesamt fast 208 Millionen Tonnen in Deutschland geschätzt. Das entspricht etwa 61 Prozent des Gesamtabfallaufkommen in Deutschland. Dementsprechend möchte man meinen, dass es eine gute Sache ist, wenn zur Schonung von natürlichen Ressourcen und zur Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze eine Anlage gebaut wird, in der Bauschutt wieder aufbereitet wird, um danach nochmalige Verwendung zu finden.

Dem ist aber nicht so. Ein nicht unbekanntes Unternehmen aus dem Lechrain beabsichtigte in der Ödnis der Kiesgrube im Außenbereich südlich von Walleshausen eine Wiederaufbereitungsanlage für Baustoffe zu errichten. Ohne an dieser Stelle auf Details einzugehen, verhinderte eine Bürgerinitiative aus Walleshausen das sinnvolle Vorhaben, in dem es ein Bürgerbegehr einreichte.

Das Bürgerbegehr hielt die erforderliche Form zwar nicht ein und war damit unzulässig. Da aber ca. sieben-hundert Bürger-überwiegend aus Walleshausen, aber nicht nur-das Bürgerbegehr unterschrieben hatten, gab der Gemeinderat vor der Drohkulisse, dass die em-sigen Gegner des Vorhabens ein zulässiges Bürgerbegehr nachreichen würden und diesen Erfolg haben könnte, die Fortführung der städtebaulichen Planung auf. Quasi als Feigenblatt argumentierten ÖDP, CSU und Grüne, dass die Gemeinde Geltendorf dadurch die Möglichkeit hat, mit den Beteiligten, vor allem mit dem Vorhabensträger, in Ruhe mögliche Alternativen zur vorliegenden Planung zu erörtern.“ „Alternativen“ - was auch immer sich der Gemeinderat darunter vorgestellt haben will - wurden aber bislang von niemanden - schon gar nicht vom Vorhabensträger aufgezeigt, so dass das Projekt als gescheitert anzusehen ist. Abgesehen davon macht es aus Sicht eines Vorhabensträgers überhaupt keinen Sinn, Gefahr zu laufen, nochmals so behandelt zu werden, wie er bereits behandelt worden

ist zumal der Vorhabensträger auch finanziell einen sechsstelligen Betrag investierte hat.

Grundsätzlich sind Bürgerbegehren als Ausdruck direkter Demokratie zu begrüßen. Jede an sich „gute Sache“ kann aber auch missbraucht werden und ich habe keinen Zweifel, dass dem hier so war. In der Schweiz erhalten die Bürger vor der Volksabstimmung ein sog., „Abstimmungsbüchlein“, in denen ausgewogene, neutrale und verständliche Sachinformationen dargestellt werden. Das bayerische Kommunalrecht sieht das nicht vor. Das Ergebnis im konkreten Fall ist, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens mit „Befürchtungen“ statt mit ausgewogenen Sachinformationen arbeiten konnten. „Befürchten“ kann man alles, auch dass einem der Himmel auf den Kopf fällt. Unbegründete Furcht lähmt jede sinnvolle Entwicklung.

Leider fehlt hier der Raum, die diversen, teils geradezu abwegigen „Befürchtungen“ auseinander zu nehmen, was nicht heißt, dass nicht zu klären wäre, ob Gefährdungen und Unzumutbarkeiten tatsächlich bestehen oder nicht. Um zu verdeutlichen, was von mir gemeint ist, soll ein Beispiel angeführt werden: Die Initiatoren begründeten ihren Antrag mit der „Befürchtung“, dass durch den Betrieb der Anlage ein erhöhter Trinkwasserverbrauch entstehen könnte und dadurch die Gefahr von Verunreinigungen besteht“. Im Rahmen eines städtebaurechtlichen Verfahrens ist zwingend von Amts wegen als Träger öffentlicher Belange auch das Wasserwirtschaftsamt einzuschalten. Dort prüfen Fachleute, ob entsprechende wasserwirtschaftliche Gefahren drohen und wenn dem so wäre, ist das Projekt von vorneherein gestorben. Kommen besagte Fachleute allerdings zum gegenteiligen Ergebnis, so wäre es den Initiatoren unbenommen (auch das sieht das Verfahrensrecht vor), sich fachlich mit dem Wasserwirtschaftsamt auseinanderzusetzen, was allerdings sinnvollerweise voraussetzen würde, dass sie übereinschlägige Fachkenntnis besitzen. So weit ist es allerdings in diesem Fall von vorneherein nicht gekommen: Man hat sich begnügt, mit „Befürchtungen“ hausieren zu gehen, was zur Folge hat, dass das Projekt selbst dann gescheitert ist, wenn - nur als Beispiel - aus wasserwirtschaftlicher Sicht nichts dagegen einzuwenden gewesen wäre.

Diejenigen Bürger, die das Bürgerbegehr unterzeichnet haben, können die Probe aufs Exempel machen: Warum haben sie das Bürgerbegehr auch mit der

Begründung unterzeichnet, dass Gefahr für das Grundwasser bestehe, wenn diese Problematik noch gar nicht geklärt ist und dementsprechend von den Unterschriftensammlern auch nicht aufgezeigt werden konnte. Alle von der Initiative geäußerten „Befürchtungen“ können in obiger Weise „durchdekliniert“ werden. Die Motive für die Unterschriften beruhten damit nicht auf Fakten, die eine Unterschriftenleistung gerechtfertigt hätten. Um eine sinnvolle Anlage zu verhindern, wurde der Teufel an die Wand gemalt, allerdings mit Erfolg. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg an die Initiatoren des Begehrns und Chapeau !!!!!

*Ihr Ernst Haslauer.
Gemeinderat*



*Ernst Haslauer - Gemeinderat
Gemeinderatskandidat 2026*

Kachelofenbau und Keramik Steinke



Albrecht-Dürer-Straße 18 · 82256 Fürstenfeldbruck · Telefon 08141/42374 · Telefax 08141/41564
e-Mail: steinke.thomas@t-online.de

Ärztemangel auf dem Land – wie eine Gemeinde an ihre Grenzen kommt

Die medizinische Versorgung in Deutschland gilt im internationalen Vergleich als gut – doch der Blick in viele ländliche Regionen erzählt eine andere Geschichte. Hausärztliche Praxen finden keine Nachfolger, Facharzttermine sind oft nur nach Monaten zu bekommen, Krankenhäuser ziehen sich aus der Fläche zurück. Besonders Bayern ringt darum, die Versorgung außerhalb der Ballungsräume dauerhaft zu sichern.

Bundesweit betreut eine Hausärztin oder ein Hausarzt im Schnitt rund 1.200 Einwohner. Zugleich ist ein großer Teil der Ärzteschaft bereits im Rentenalter oder kurz davor: Rund 41 Prozent der Hausärzte sind 60 Jahre oder älter, knapp ein Fünftel sogar über 65. Fachleute warnen, dass bis 2040 die Zahl der Hausärzte deutlich sinken wird, während der Bedarf durch eine älter werdende Bevölkerung weiter steigt.

Eine Prognose im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung geht davon aus, dass in Deutschland bis 2035 etwa 11.000 Hausärzte fehlen könnten, wenn keine wirksamen Gegenmaßnahmen greifen. Besonders betroffen sind ländliche Regionen, in denen Praxen heute schon nur mit Mühe nachbesetzt werden.

Bayern: Viele Ärzte – und dennoch Lücken in der Fläche

Auch in Bayern verschärft sich die Lage. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums sind derzeit rund 500 Hausarztsitze unbesetzt. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern zählte Anfang 2025 knapp 470 offene Hausarztstellen; mehrere Versorgungsgebiete gelten bereits offiziell als unversorgt, weitere drohen nachzurücken.

Zwar verfügt der Freistaat im Schnitt über vergleichsweise viele Ärztinnen und Ärzte. Doch die Zahlen verschleiern regionale Unterschiede: Während Großstädte und ihr Umland noch relativ gut versorgt sind, kämpfen ländliche Regionen mit hohen Durchschnittsaltern der niedergelassenen Ärzte und langen Anfahrtswegen für die Patienten. Die Bayerische Landesärztekammer warnt, dass der demografische Wandel, mehr Teilzeit und der Trend zu Angestelltenverhältnissen die Versorgung im ambulanten Bereich zunehmend unter Druck setzen.

Mit Landarztprämien, Förderprogrammen und der so genannten Landarztquote versucht die Politik gegenzu-steuern. Über Prämien wurden seit 2012 im ländlichen Raum mehr als 1.300 Praxisgründungen und Filialen

gefördert, davon der Großteil Hausarztpraxen. Über die Landarztquote verpflichten sich zudem angehende Medizinerinnen und Mediziner, nach dem Studium für mehrere Jahre als Hausärzte in unversorgten Regionen zu arbeiten.

Doch auf kommunaler Ebene bleibt die Frage: Reicht das, um die Versorgung vor Ort zu sichern?

Geltendorf als Beispiel für eine fragile Versorgung

Ein genauerer Blick auf die Gemeinde Geltendorf im Landkreis Landsberg am Lech zeigt, wie verletzlich die Strukturen auf dem Land sind. Über 6000 Menschen leben hier, verteilt auf die Ortsteile Geltendorf, Hausen, Kaltenberg, Walleshausen und Wabern, Petzenhofen, Jedelstetten oder Unfriedshausen.

Trotz relativ guter Verkehrsanbindung – mit Bahnstationen in Geltendorf und Walleshausen – ist die medizinische Grundversorgung im Gemeindegebiet überschaubar. In Geltendorf selbst gibt es eine allgemeinärztliche Praxis mit hausärztlicher Versorgung; weitere Hausärzte jedoch nur in Nachbarorten wie Eresing, Türkenfeld, Moorenweis oder Landsberg am Lech auf.

Hinzu kommen weitere Heilberufe wie u.a. Heilpraktiker und Physiotherapeuten im Gemeindegebiet. Für viele Patientinnen und Patienten ersetzen diese Angebote jedoch keinen Hausarzt, der Befunde koordiniert, Rezepte ausstellt, Vorsorgeuntersuchungen durchführt und im Notfall die erste Anlaufstelle ist.

Fachärzte – etwa für Frauenheilkunde, Kinder- und Jugendmedizin, Augenheilkunde oder Neurologie – finden die Menschen in Geltendorf überwiegend in den nahegelegenen Städten Landsberg am Lech, Fürstenfeldbruck oder in der Region Augsburg/München. Für Berufstätige, ältere Menschen ohne Auto oder Familien mit kleinen Kindern bedeuten solche Wege einen erheblichen organisatorischen Aufwand, zumal Bus- und Bahnverbindungen im ländlichen Raum nicht eng getaktet sind.

Was passiert, wenn die Hausarztpraxis schließt?

Die gesamte Gemeinde Geltendorf mit ihren Ortsteilen hängt damit in hohem Maß an einer einzigen hausärztlichen Praxis im Ortskern. Früher oder später wird auch diese Praxis – wie jede andere – vor der Frage der Nachfolge stehen. Schon heute berichten viele Gemeinden in Bayern davon, dass Praxisabgaben sich über Jahre hinziehen und Ausschreibungen erfolglos bleiben.

Gelingt es in Geltendorf nicht, eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu finden, hätte das spürbare Folgen:

- Patientinnen und Patienten müssten sich auf Pra-

- xen in umliegenden Gemeinden verteilen, die ihrerseits bereits stark ausgelastet sind.
- Für chronisch Kranke, Pflegebedürftige und Hochbetagte in Ortsteilen wie Wabern oder Hausen würden die Wege länger – mit der Gefahr, dass Vorsorgeuntersuchungen oder Kontrolltermine aus Bequemlichkeit oder körperlichen Einschränkungen seltener wahrgenommen werden.
 - Die Notaufnahmen der Krankenhäuser in der Region könnten zusätzlich belastet werden, weil Menschen mangels erreichbarem Hausarzt häufiger direkt in die Klinik fahren.

Besonders problematisch wäre eine Schließung ohne Übergangslösung: Zwischen der Aufgabe einer Praxis und einer möglichen Neubesetzung können Monate oder Jahre liegen. Telemedizinische Angebote oder mobile Versorgungsformen können diese Lücke bislang nur in Teilbereichen schließen.

Was Kommunen tun können – und was nicht

Die Gemeinde kann die Zulassung neuer Ärztinnen und Ärzte nicht selbst steuern; dafür ist die Kassenärztliche Vereinigung zuständig. Dennoch haben Kommunen Handlungsspielräume: Sie können Praxisräume bereitstellen oder vergünstigt anbieten, junge Medizinerinnen und Mediziner bei der Wohnungssuche unterstützen, Kinderbetreuung ausbauen und die Standortvorteile – etwa gute Bahnanschlüsse und Lebensqualität im Grünen – offensiv bewerben.

Für Geltendorf wird es entscheidend sein, frühzeitig mit Praxisinhabern, der Kassenärztlichen Vereinigung und dem Landkreis ins Gespräch zu kommen. Denn die Erfahrung aus anderen Regionen zeigt: Wenn der Landarzt erst einmal gegangen ist, wird es deutlich schwerer, jemanden für eine Einzelpraxis auf dem Land zu gewinnen.

Der Ärztemangel auf dem Land ist damit mehr als eine abstrakte Zahl in Statistiken. Er entscheidet darüber, ob Menschen in Gemeinden wie Geltendorf auch in Zukunft wohnortnah eine Ärztin oder einen Arzt finden – oder ob der Weg in die Praxis zum nächsten großen Hindernis im Alltag wird.

Ihr Dr. med. Marc-Oliver Rauch



*Dr. Marc-Oliver Rauch
Bürgermeisterkandidat - Gemeinderatskandidat*



Kinderbetreuung in Bayern und Geltendorf

Ausgangslage: Rechtsanspruch trifft auf begrenzte Kapazitäten

In Deutschland besteht ein gesetzlicher Anspruch auf Kindertagesbetreuung. Für Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben, gilt bis zum dritten Geburtstag ein Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege (§ 24 SGB VIII).

Parallel wächst der Betreuungsdruck weiter: Ab 1. August 2026 wird bundesweit stufenweise ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder eingeführt (beginnend mit den Erstklässlern im Schuljahr 2026/27, ausweitend bis 2029/30). Das verschiebt die Herausforderung nicht weg von der Kita – sondern ergänzt sie um einen weiteren, personalintensiven Betreuungsbereich.

Für Kommunen entsteht damit ein Spannungsfeld: Der Anspruch ist individuell, die Umsetzung jedoch hängt von Räumen, Personal, Finanzierung und Trägerlandschaft vor Ort ab.

Die „strukturelle“ Lücke: Bedarf wächst schneller als Plätze

Eine aktuelle Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) (IW-Report, 29. November 2025) kommt für 2025 bundesweit auf einen rechnerischen Bedarf von 1,10 Mio. U3-Plätzen und eine Lücke von rund 300.000 Plätzen.

Das ist für die Praxis entscheidend: Selbst wenn Einrichtungen gebaut werden, bleibt die Herausforderung vor allem bei den Fachkräften.

Konsequenzen für Mütter, wenn kein Krippen- oder Kindergartenplatz verfügbar ist

Wenn Betreuung nicht verfügbar ist, trifft es in der Realität häufig Mütter – weil sie (immer noch) häufiger als Väter die Hauptlast der unbezahlten Care-Arbeit übernehmen und weil viele Rückkehrmodelle nach der Elternzeit auf verlässliche Betreuungszeiten angewiesen sind.

Geltendorf im Fokus

Zentrales Anmeldeverfahren als Steuerungsinstrument

Die Gemeinde Geltendorf arbeitet mit einem zentralen,

onlinegestützten Anmeldeverfahren (trägerunabhängig). Für das Betreuungsjahr 2026/2027 (Beginn: September 2026) ist der Anmeldezeitraum 01.12.2025 bis 31.01.2026; spätere Anmeldungen können nur bei freien Kapazitäten berücksichtigt werden. Das Verfahren bündelt Nachfrage, ermöglicht Priorisierung und schafft grundsätzlich Transparenz – löst aber nicht das Kernproblem: die Platzzahl und das verfügbare Personal.

Engpasslage in der öffentlichen Debatte

Das Landsberger Tagblatt berichten, dass die Betreuungslage in Geltendorf „schwierig“ bleibt; in einem Bericht vom 14. Februar 2025 wird z.B. erwähnt, die Gemeinde habe nur 36 freie Plätze, so dass rund ein Drittel der Familien nicht versorgt werden könne.

*Ihre Anna Rauch
Gemeinderatskandidatin*



Anna Agata Rauch - Gemeinderatskandidatin



v.l.n.r. Ewald Bensch, Werner Tochtermann, Marc Oliver Rauch, Angelika Schmidt, Ernst Haslauer, Sabine Hirth - SPD Geltendorf - Kandidaten